

Wolfgang Lemb

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall



1. Mai 2018: „Solidarität, Vielfalt, Gerechtigkeit“

Rede auf der Kundgebung zum 1. Mai 2018 in Zwickau

Sperrfrist Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,
liebe Zwickauerinnen und Zwickauer, Kolleginnen und Kollegen aus dem
Vogtland, ich freue mich heute hier bei Euch zu sein.

Solidarität – Vielfalt – Gerechtigkeit – ist unser diesjähriges Motto zum 1. Mai.

- Solidarität ist eines unserer wichtigsten Grundwerte für uns als Gewerkschaften. Solidarität gehört zu unserer DNA.
- Ohne Akzeptanz von Vielfalt in der Gesellschaft werden wir die Herausforderungen nicht bewältigen.
- Aber Gerechtigkeit?

Wieso ist Gerechtigkeit überhaupt Thema? Wenn wir die Nachrichten der letzten Monate verfolgen... Was hören und lesen wir?

Deutschland geht es gut. Stabiles Wachstum – Rekordgewinne – steigende Einkommen – ja sogar Vollbeschäftigung ist ausgerufen! Und: Deutschland hat endlich wieder eine stabile Regierung!

Also: Alles gut? Wohlstand, Aufschwung und gute Perspektiven, wohin das Auge blickt! Und das für uns alle?

Nein, Kolleginnen und Kollegen, wer dieser Mär glaubt, glaubt auch, dass aus Eurem Schwanen-Brunnen hier in Zwickau Champagner fließt – und der FSV für die nächste Saison den halben Kader der Bayern kauft...!

Wir müssen doch vielmehr fragen: Wem geht es denn wirklich besser nach nun bald 10 Jahren konstanten Wachstums? Und warum kommt – trotz Wachstum – sozialer Fortschritt bei vielen Menschen nicht an?

Schauen wir uns die Fakten an!

Ja, die Wirtschaft in Deutschland wächst – aber das Wachstum kommt bei vielen nicht an und die Gerechtigkeitslücke wächst weiter und schneller!

Ja, die Beschäftigung ist auf einen Höchststand – aber vor allem wegen der Explosion von Leiharbeit, Niedriglöhnen und Werkverträgen!

Ja, die Einkommen sind gestiegen – aber während die oberen 10 Prozent in den letzten Jahren ein dickes Plus verzeichneten, ist die Kaufkraft der unteren 30 Prozent gesunken!

Und ja, das Netto-Geldvermögen in Deutschland liegt bei über 5 Billionen Euro. Aber das reichste Zehntel der Gesellschaft besitzt mehr als die Hälfte davon, während die untere Hälfte so gut wie leer ausgeht!

Kolleginnen und Kollegen, das ist nicht akzeptabel!
Das ist kein Zukunftsmodell für dieses Land!

Ich zitiere nicht oft Kirchenvertreter. Heute will ich es tun: Papst Franziskus hat vor kurzem gesagt: *„Hüten und Mehren des Privatbesitzes ist nur dadurch gerechtfertigt, dass es dem Gemeinwohl besser dient.“*

Das, Kolleginnen und Kollegen, sollte sich der eine oder andere Manager mal hinter die Ohren schreiben.

Wusstet Ihr, wie lange der Manager eines DAX-Konzerns in diesem Jahr arbeiten musste, um das durchschnittliche Jahresgehalt eines Beschäftigten zu kassieren? Fünf Tage! Bis zum ersten Wochenende im Januar!

Wer sich die Zahlen auf der Zunge zergehen lassen möchte: Ein Dax-Vorstand verdient ca. 9.220 Euro. Aber nicht im Monat, nein, pro Tag!
Und da kommen noch satte Pensionsleistungen oben drauf!

Das hat nichts mit einem angemessenen Managergehalt zu tun! Und es nicht nur ungerecht. Für mich ist das schlicht unverschämt und unanständig.

Kolleginnen und Kollegen, ohne hier den Robin Hood geben zu wollen – aber da steckt ein Großteil des Geldes, das wir brauchen, um unser Land wieder auf den richtigen, einen zukunftsfähigen Kurs zu bringen.

Ein Weg

- zu mehr Einkommensgerechtigkeit,
- zu einer besseren Ausstattung der Pflege,
- um unsere Schulen und Berufsschulen im Zeitalter der Digitalisierung fit zu machen,
- um die soziale und die digitale Infrastruktur auszubauen,

- um die finanziellen Spielräume zur Bewältigung der strukturellen Umbrüche in Wirtschaft und Industrie sicherzustellen.

Kurz: Die notwendigen Investitionen in die Zukunft sicherzustellen.

Zu mehr Gerechtigkeit und einer wirksamen Umverteilung gehört deshalb zuallererst auch ein gerechteres Steuersystem. Deshalb: In Deutschland brauchen wir die Vermögenssteuer und in Europa die Finanztransaktionssteuer!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

es muss endlich Schluss sein mit der Spaltung in unserem Land: In Ost und West, in arbeitslos und beschäftigt, in drinnen und draußen!

Wir wollen, dass es wieder sozial gerecht zugeht – und zwar für alle Menschen in diesem Land: Ob Frau oder Mann, Jung oder Alt, Deutscher oder Nicht-Deutscher. Dafür treten wir als Gewerkschaften ein! Und zwar nicht nur am 1. Mai, sondern tagtäglich in den Betrieben.

Und wenn wir, Kolleginnen und Kollegen, über Gerechtigkeit reden, dann geht es mir, als jemand der 25 Jahre hier in Eurer Nachbarschaft für die IG Metall in Ostthüringen gearbeitet hat, besonders auch um die Entwicklung Ostdeutschlands.

Und am 1. Mai kann man auch mal „Danke“ sagen. An alle hier in der Region, die für die Rechte der Kolleginnen und Kollegen kämpfen.

Es ist immer noch eine bittere Wahrheit. Ich weiß das: Nirgendwo im Land ist gewerkschaftliches und betriebliches Engagement so schwierig wie im Osten Deutschlands.

Auch wenn die Mauer dieses Jahr schon länger abgerissen ist, als sie gestanden hat. Es gibt Unterschiede zwischen West und Ost.

Und die müssen bearbeitet werden:

- Die Arbeitslosenquote liegt im Osten mit 8,6 Prozent rund 2,7 Prozentpunkte höher als im Durchschnitt der westlichen Bundesländer.

- Wir haben im Osten eine andere Industriestruktur mit weniger Forschung und Entwicklung.
- Wir haben hier einen deutlicheren Fachkräftemangel, weil viele Junge weggezogen und ganze Regionen ausgeblutet sind.
- Die Angleichung der ostdeutschen Löhne insgesamt an das Westniveau stagniert mittlerweile seit fast 20 Jahren.
- Nach wie vor liegt das Lohnniveau im Osten insgesamt bei nur 83 Prozent gegenüber dem im Westen.
- Und wir haben im Osten Deutschlands eine niedrigere Tarifbindung.

Hier erwarte ich konkrete Initiativen der neuen Bundesregierung!

Nur auf die Politik zu setzen, hilft aber nicht. Wenn wir uns unserer eigenen Kraft bewusst werden, sind wir auch erfolgreich.

Die Gewerkschaften haben in Ostdeutschland viel erreicht!

Wo im Osten Gewerkschaften besonders einflussreich sind, ist die Lohngleichheit mittlerweile nahezu hergestellt.

Die Tariflöhne, die von den Gewerkschaften ausgehandelt werden, liegen in den neuen Bundesländern bei insgesamt rund 98 Prozent des Westniveaus!

Eine Stärkung der Tarifbindung ist also das beste Rezept für die weitere Angleichung!

Das ist eine Botschaft, die sich die neue Groko auf die Fahnen schreiben sollte!

Also: Ich will kein Klein-Klein in Berliner Grabenkämpfen, sondern konkrete Schritte zur

- Stärkung der Tarifbindung durch Erleichterung von Allgemeinverbindlichkeit!
- Stärkere Strafen gegen Gewerkschafts- und Betriebsrats-Bashing!
- Und die Erleichterung von Betriebsratswahlen zur Stärkung der Mitbestimmung!

Das sind konkrete Elemente einer modernen Wirtschaftspolitik, wie wir sie verstehen!

Zu einer modernen Wirtschaftspolitik gehört eine starke Mitbestimmung. Viele in Europa beneiden uns dafür! Viele andere Länder rund um den Globus auch. Unter anderem in den USA. Und da hat VW auch ein Werk in Chattanooga.

Bei den gerade laufenden Betriebsratswahlen in den Betrieben wird deutlich, wofür sich gewerkschaftlich organisierte Betriebsräte einsetzen:

Unsere Betriebsräte kämpfen tagtäglich: Für sichere Arbeitsplätze, gegen Sozialdumping und für Gute Arbeit!

Allen Betriebsrätinnen und Betriebsräten unter Euch, die schon gewählt sind, gratuliere ich ganz herzlich. Wir wollen gemeinsam dafür sorgen, dass die Demokratie nicht vor dem Werkstor endet.

Dass Solidarität im Betrieb gelebt wird: Zwischen Älteren und Jungen, zwischen Festangestellten und Leiharbeitern, zwischen Deutschen und Migranten.

Deshalb: Herzlichen Dank für Euer Engagement!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

unsere Vertrauensleute und Betriebsräte, aber auch unsere Personalräte in den Verwaltungen, hat in den letzten Monaten ein Thema geeint.

Die Diskussionen um „Arbeitszeiten der Zukunft“ im Betrieb und in den Verwaltungen. Und es ist gut, dass in Deutschland eine neue Diskussion über Arbeitszeiten in Gang gekommen ist. Wir Gewerkschaften sind der Motor dieser Debatte. Wir wollen mehr Zeit fürs Leben, mehr Selbstbestimmung über die Arbeitszeiten – und das für alle.

Dementsprechend handeln wir. Und ich glaube, wir Metallerinnen und Metaller haben das in der jüngsten Tarifrunde eindrucksvoll bewiesen.

- Wir haben ein neues Recht auf verkürzte Vollzeit durchgesetzt (28 Std.)
- Wir haben zusätzliche freie Tage für Kolleginnen und Kollegen erkämpft, die Kinder erziehen wollen, Alte pflegen müssen oder Schicht arbeiten.

Im Ergebnis unserer Warnstreiks haben wir auch eine

Gesprächsverpflichtung zum Prozess der Angleichung der Arbeitszeiten der ostdeutschen Metall- und Elektroindustrie an das Westniveau erzielt.

Das steht jetzt in den nächsten Monaten an.

Und ich fordere die namhaften großen Konzerne (VW/Porsche/BMW oder auch ZF/Mahle u.a.) auf, endlich mit gutem Beispiel voran zu gehen.

Wir Metaller akzeptieren nicht, dass unsere Kolleginnen und Kollegen im Osten einen Monat pro Jahr oder viereinhalb Jahre pro Arbeitsleben für das gleiche Geld länger arbeiten müssen!

Unser Kampf dagegen geht weiter! Nicht nur bei den Metallern, sondern für alle Beschäftigten im Osten. Für Arbeitszeiten, die zum Leben passen und für einen fairen Anteil der Beschäftigten am produzierten Reichtum.
Für Umverteilung von oben nach unten, und für mehr Gerechtigkeit!

Das Tarifergebnis für den Öffentlichen Dienst leistet dazu ebenfalls einen wichtigen Beitrag! Ein super Ergebnis: Glückwunsch!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
in diesem Jahr feiert Ihr hier in Zwickau das 900-jährige Jubiläum Eurer Stadt.
Heute Abend wird es mit einem Lichterfest eröffnet.

Von der Steinkohle über die Textilindustrie bis zur Automobilindustrie – Zwickau hat eine industriell geprägte Geschichte. Ihr habt Euch hier in der Region dem notwendigen Wandel immer gestellt. Und Ihr habt ihn gemeistert.

Aber: Die Herausforderungen enden nicht – im Gegenteil, sie nehmen zu.
Industrie und Arbeitswelt wandeln sich. Rasant!

Digitalisierung, Globalisierung, demografischer Wandel und Klimapolitik. Das sind die Themen die uns alle bewegen...

Ich bin überzeugt: Unsere Betriebsräte und wir als Gewerkschaften, Unternehmen und die Politik, also wir als Gesellschaft insgesamt, stehen vor der größten Herausforderung seit der Wiedervereinigung.

Heute und in den nächsten Jahren geht es um die ökologische Modernisierung der Industrie. Um ein treibhausgasneutrales Wirtschaften.

Aus Verantwortung unseren Kindern und Enkelkindern gegenüber.

Ihnen müssen und wollen wir einen Planeten hinterlassen, der lebenswert ist. Die ökologische Umstellung unserer Wirtschaftsweise muss gelingen, ohne dass der „analoge“ Mensch unter die Räder kommt.

Zukunftsvorsorge im Osten Deutschlands heißt vor allem: industrie- und strukturpolitische Unterstützung. Rund 95.000 Arbeitsplätze hängen in Sachsen direkt an der Fahrzeug-Herstellung und deren Zulieferer.

Die nach der Wende zu halten und aufzubauen, war schwierig genug!

Was heißt das aber für die nächsten Jahre? Zitat Mary Barra, CEO GM:

„Die Automobilindustrie wird sich in den nächsten 5 Jahren stärker verändern als in den 50 Jahren davor.“

Digitalisierung oder die „Elektromobilität“ markieren große Herausforderungen für die Industrie und die Beschäftigten. Und wenn VW den Standort Zwickau zum Leitstandort der Elektromobilität ausbaut, ist das ausdrücklich zu begrüßen.

Aber trotzdem fragen sich viele – nicht nur in der Autoindustrie:

Was und wie produzieren wir morgen und übermorgen? Werde ich da noch dabei sein? Haben meine Kinder noch Beschäftigung?

Also: Unsicherheiten nehmen zu.

Das machen gerade die Beschäftigten bei OPEL Eisenach in besonderem Maße und zum wiederholten Male in den letzten Jahren durch. Erst hat GM sie über viele Jahre am langen Arm verhungern lassen. Jetzt will PSA wieder nur die Beschäftigten erpressen. Deshalb: Die Kolleginnen und Kollegen verdienen – gerade heute am 1. Mai – unsere volle Solidarität. Nicht nur PSA, sondern die allermeisten Unternehmen verdienen viel, ja sehr viel Geld, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Das sollen die ja meinetwegen tun.

Aber: Damit dürfen nicht die Taschen der Großaktionäre gefüllt werden.

Die Gewinne müssen vorrangig in den Strukturwandel fließen!

Sie müssen in neue Technologien und Wertschöpfungsketten der E-Mobilität hier in Deutschland investiert werden!

Also: Wer dabei nur Renditen und Dividenden im Blick hat, der hat die Belegschaften und die Gewerkschaften zum Gegner.

Wer aber Zeit und Geld in neue Produkte, neue Verfahren und neue Mobilitätskonzepte investiert, wer dabei die Mitbestimmung stärkt und die Beschäftigten mitnimmt, der hat uns als verlässlichen Partner.

Kurzum: Wir sagen „Ja“ zum ökologischen Umbau – und „Nein“ zu Arbeitsplatz- und Sozialabbau“. Das ist unsere Maxime zur gerechten Gestaltung des industriellen Wandels, Kolleginnen und Kollegen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
in dieser sich wandelnden Arbeitswelt bleibt unser Anspruch: Arbeit muss Quelle von einem guten Auskommen für alle sein!

Heute aber rutschen trotz Arbeit immer mehr ab in prekäre Verhältnisse und Existenznöte.

Allein 3,2 Millionen Menschen arbeiten befristet. Fast jeder zehnte Beschäftigte!
Vor allem die Jungen und Berufseinsteiger sind betroffen.

Wir wissen alle: Wer keine feste Beschäftigung vorweisen kann, der kriegt nicht mal einen Kredit!

Wie soll der oder die dann eine Familie gründen, oder ein Haus bauen,
Kolleginnen und Kollegen?

Nein, liebe Kolleginnen und Kollegen,
Niedriglöhne, Befristungen, Leiharbeit und Werkverträge dürfen keine Gestaltungselemente einer modernen Wirtschaft in der Zukunft sein.
Sie sind und sie bleiben: ein sozialstaatlicher Skandal!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
am Tag der Arbeit geht es uns auch um die, die keine Arbeit haben. Also unsere arbeitslosen Kolleginnen und Kollegen. Sie sind die Hauptleidtragenden einer verfehlten Arbeitsmarktpolitik.

Denn wir wissen: Die Hartz-Gesetze haben nicht Beschäftigung gefördert – sondern Armut und Niedriglöhne! Und wenn jemand langzeitarbeitslos ist, dann hat er seinen Job verloren – warum auch immer. Und das ist schlimm genug!

Seine sozialen Bürgerrechte, Kolleginnen und Kollegen, hat ein Langzeitarbeitsloser jedoch nicht verloren!

Deshalb: Sozialstaatliche Leistungen sind so zu gestalten, dass Betroffene davon leben können. Deshalb sage ich: Weg mit Zumutbarkeitsregeln, die Arbeitslose in prekäre Arbeit ohne Rechte zwingen können. Ich will, dass Menschen keine Angst haben müssen, ins Bodenlose zu fallen, wenn sie ihre Arbeit verlieren.

Und allen, die wie Minister Spahn meinen, die Hartz IV-Sätze dürften nicht erhöht werden, empfehle ich: Mal drei Monate ohne Ministerbezüge auskommen! Stattdessen vom Hartz IV-Satz leben!
Das schärft den Blick für die wahren Probleme der Betroffenen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
die Verunsicherung ist groß. Immer mehr Menschen blicken mit Sorge in die Zukunft.

Die Furcht vor sozialem Abstieg und der Kontrollverlust über das eigene Leben haben die sogenannte Mitte unserer Gesellschaft erreicht.
Wozu diese Verunsicherung führt, haben wir in den letzten Monaten erlebt: Mit ihren Tiraden gegen Flüchtlinge und gegen den Islam, mit ihren völkisch-nationalen Parolen sind die Rechtspopulisten als drittstärkste Kraft in den Bundestag eingezogen.

Und ja, auch manche unserer Kolleginnen und Kollegen tendieren nach rechts – laufen Heilspredigern hinterher. Diese Heilsprediger mit ihren verlockend einfachen Antworten setzen auf Ausgrenzung, anstatt gemeinsam und solidarisch den Kampf für mehr Gerechtigkeit zu führen.

Ich frage, Kolleginnen und Kollegen: Wo waren sie denn, diese angeblichen Anwälte der kleinen Leute, als wir für Mindestlöhne, auskömmliche Renten und gute Arbeit gekämpft haben?

Und wo sind sie denn heute, wenn es um eine gerechte Besteuerung großer Vermögen geht, um bezahlbare Mieten und um ein solidarisches Miteinander in der Gesellschaft? Viele von Euch stellen sich im Betrieb, in der Dienststelle oder in Initiativen gegen die Rechten. Viele von Euch reden mit den Kolleginnen und Kollegen Klartext. Und das ist gut so! Euch gebührt dafür großer Dank und Respekt! Macht weiter so. Lassen wir gemeinsam nicht nach im Kampf gegen Rechts! Wehret den Anfängen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Solidarität ist keine altmodische Floskel.

Solidarität ist das Grundprinzip gewerkschaftlichen Handelns.

Solidarität ist das Fundament unserer gemeinsamen Werte als

Gewerkschaftsbewegung. Solidarität heißt, miteinander verbunden sein, mit gemeinsamen Zielen und vereintem Handeln.

Wir wollen tagtäglich daran arbeiten, die Welt zum Besseren zu wandeln!

Dafür braucht es Kreativität und manchmal auch Widerstand.

Aber eines ist klar: Es gelingt nur miteinander.

Nicht ausgrenzend, sondern solidarisch. In Vielfalt für eine gerechte Gesellschaft! Darauf kommt es an. Besonders in der heutigen Zeit, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Lasst uns Gegenwart gestalten, damit Zukunft möglich wird!

In diesem Sinne: Glück auf!